

## Urheberrecht Thomas Mann geht offline

Die Schriftsteller Thomas und Heinrich Mann sind nicht lange genug tot, als dass jeder ihre Werke kostenfrei im Internet verbreiten könnte. Das hat das Landgericht Frankfurt entschieden. Der Verlag S. Fischer, der die Bücher der Brüder herausgibt, hatte das Project Gutenberg verklagt und zwei Mann-Enkel als Zeugen geladen. Das im Wesentlichen von Freiwilligen betriebene US-Portal stellt Klassiker der Weltliteratur als E-Book gratis online. Dabei beruft es sich auf amerikanisches Urheberrecht, demzufolge vor 1923 erschienene Werke in der Regel gemeinfrei sind. In Deutschland

muss der Urheber in jedem Fall 70 Jahre lang tot sein. Thomas Mann („Buddenbrooks“) bleiben also noch gut sieben Jahre, bis er zum Allgemeingut wird, dem älteren Heinrich („Der Untertan“) zwei. Project-Gutenberg-Anwalt Christian Solmecke will in Berufung gehen. akü



Gebrüder Mann um 1900

## Girokontenvergleich Staatliches Siegel mit Schwächen

Wer Girokonten vergleichen will, kann auf Websites wie Check24 gehen – aber sind die dortigen Rankings wirklich objektiv? Um das sicherzustellen, plant das Bundesfinanzministerium ein staatliches Zertifikat, das Vergleichswebsites für Bankkonten beantragen können. Der entsprechende Verordnungsentwurf wird jedoch von Verbraucherschützern harsch kritisiert. Er besagt beispielsweise, dass Websites bei ihrem Kontovergleich einen „wesentlichen Teil des Marktes“ abbilden müssten. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) moniert in einer Stellungnahme aber, dass nach

dem derzeitigen Wortlaut der Verordnung auch Websites das geplante Zertifikat bekämen, die keinen einzigen der 100 besten Konteanbieter berücksichtigten oder von aktuell rund 1900 Dienstleistern nur 30 verglichen. „Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Bundesregierung unter diesen Bedingungen ein staatliches Siegel vergeben will, mit dem sich Websites wie Verivox oder Check24 dann brüsten können“, sagt Dorothea Mohn, Teamleiterin Finanzmarkt beim vzbv. Einer EU-Richtlinie zufolge müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass es zumindest eine private oder staatliche Website gibt, auf der Entgelte für Girokonten objektiv verglichen werden. ase

## Autonomes Fahren Nutzer bejahen das Nutzen ihrer Daten

Verbraucher geben nur ungern ihre Daten preis – Ausnahme sind Bereiche wie das autonome Fahren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie im Auftrag des Berliner IT-Unternehmens Here Technologies. Rund 70 Prozent von über 8000 Befragten stimmen demnach der Verwendung ihrer Standortdaten zu,

wenn es der Verkehrssicherheit dient. Grundsätzlich steige die Bereitschaft der Verbraucher steil an, Unternehmen sensible Daten wie etwa den persönlichen Aufenthaltsort zu überlassen, wenn daraus ein nachweislicher Nutzen entstünde, sagt Philip Fabinger von Here Technologies: „Die meisten Bürger sind allerdings vollkommen überfordert, die Verwendung ihrer Daten so zu managen, dass ihre Persönlichkeitsrech-

te geschützt bleiben.“ Sein Unternehmen, das im Bereich autonomes Fahren ar-

**Rund 70 %**  
der Verbraucher würden ihre Standortdaten freigeben, wenn sie dadurch **mehr Sicherheit im Auto, bessere Services, finanzielle Vorteile oder Rabatte** erhalten würden.

beitet, entwickelt Konzepte, die dem Nutzer genau das erleichtern könnten. Eine Lösung könnte ein Dienst sein, der seinem Bediener anzeigen soll, welche Daten im Moment aus seinem Smartphone oder seinem Auto abfließen. „Die europäische Datenschutzgrundverordnung hat die Nutzung von Benutzerdaten durch autonom agierende Maschinen noch gar nicht geregelt“, kritisiert der IT-Experte. gt

### Kommentar

## Der Vergangenheit zugewandt

*Warum US-Präsident Trump mit Strafzöllen keines seiner Probleme löst*

Die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten Donald Trump, Strafzölle auf Stahl- und Aluminiumimporte zu erheben, ist dumm, rückwärtsgewandt und gefährlich. Dumm, weil sie Arbeitsplätze in den USA vernichtet und nicht schützt. Indem er die Einfuhren für amerikanische Abnehmer um 10 bis 25 Prozent verteuert, treibt Trump auch die Preise von deren Produkten in die Höhe. Für ein Auto aus US-Produktion beispielsweise müssen die Amerikaner künftig tiefer in die Tasche greifen. Die Mehrkosten können sie nicht für eine neue Waschmaschine, Restaurant- oder Kinobesuche ausgeben. Also fallen bei den Anbietern dieser Waren und Dienstleistungen Arbeitsplätze weg. Vielleicht kaufen bisherige Ford- oder Buick-Fahrer auch gleich einen BMW, Mercedes

oder Toyota. Wie das amerikanische Arbeitsplätze retten soll, bleibt das Geheimnis von Trump. Rückwärtsgewandt ist der Vorstoß, weil er Branchen aus dem Industrieolithikum schützt. Als würde die Zukunft des Wirtschaftsstandorts USA in Aluminiumhütten und Stahlwerken entschieden. Die Aktion beweist: Auch in seinem wirtschaftspolitischen Weltbild ist der gelernte Immobilienentwickler tief in den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts stecken geblieben. Gefährlich schließlich kann das Vorhaben werden, wenn sich Handelspartner der USA in Asien und Europa genötigt sehen zurückzuschlagen. Dann stünde die Welt vor einem neuen Handelskrieg. Und daraus ist bekanntermaßen noch nie ein Sieger hervorgegangen.

Christian Reiermann